

Ergebnisse der EBU-Studie Public Service Media and Democracy Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und demokratische Qualität in Europa

Von Dominik Speck*

Rückgang demokratischer Freiheiten | International vergleichende Indizes haben zuletzt einen globalen Rückgang demokratischer Freiheiten konstatiert. So kommt der aktuelle Jahresbericht des Varieties-of-Democracy-Projekts (V-Dem) zu dem Schluss, dass – weltweit gesehen – der seit 1989 erzielte Fortschritt in Sachen Demokratisierung inzwischen vollständig wieder zurückgegangen sei. (1) Schwindende demokratische Freiheiten werden auch in europäischen Ländern verzeichnet: In Staaten wie Ungarn, Polen, Serbien, Slowenien oder der Tschechischen Republik lässt sich ein Rückgang demokratischer Qualitäten feststellen. (2) Im vergangenen Jahr stufte Reporter ohne Grenzen die Medienfreiheit in lediglich zwölf Ländern weltweit als „gut“ ein, so wenige wie noch nie seit Einführung der aktuellen Methodik der Rangliste der Pressefreiheit der Organisation im Jahr 2013. (3) Nach einer globalen „dritten Welle der Demokratisierung“ in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wird inzwischen von einer „dritten Welle der Autokratisierung“ gesprochen. (4)

Bedeutung der Medien für die Demokratie | Mit diesen Entwicklungen rückt auch die Frage nach der Bedeutung der Medien für das Wohlergehen der Demokratie in den Fokus: Wie kann Medien- und Meinungspluralismus angesichts autoritärer Bedrohungen auch in Mitgliedsstaaten der EU sichergestellt werden? Welchen Beitrag können Journalisten zum Demokratieverständnis der Bürgerinnen und Bürger leisten und so Demokratien stabilisieren? Dies wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund der wachsenden Kontrolle („Capture“) von bedeutenden Medienunternehmen oder (nahezu) ganzer nationaler Mediensysteme durch externe Akteure erörtert. (5)

Beitrag zum demokratischen Gemeinwesen als Auftrag öffentlich-rechtlicher Medien | Den öffentlich-rechtlichen Medien wird hierbei eine besondere Rolle zugeschrieben, da deren gesetzlicher Auftrag üblicherweise auch ihren Beitrag zum (demokratischen) Gemeinwesen betont. Der deutsche Medienstaatsvertrag gibt den Rundfunkanstalten auf, „als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen.“ (6)

Vor dem Hintergrund der sich intensivierenden Diskussion über den Wert der Öffentlich-Rechtlichen für Demokratie und Gesellschaft hat die European

Broadcasting Union (EBU) im vergangenen Jahr den Report „Democracy and Public Service Media“ veröffentlicht. Die Studie setzt mittels Korrelationsanalysen Kennzahlen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Länderebene mit demokratiebezogenen Indikatoren ins Verhältnis. (7) Das zugrunde liegende Demokratieverständnis ist weit gefasst: Ein demokratisches Gemeinwesen geht demnach über die Existenz freier Wahlen als Mindestanforderung hinaus. Demokratische Qualität umfasst vielmehr eine Vielzahl an Faktoren. Dazu gehören etwa ein hohes Maß an Freiheitsrechten und politischer Teilhabe auch abseits von Wahlgängen, ein von deliberativen Idealen geprägter Diskurs oder die Existenz eines pluralen, unabhängigen und in seiner Breite vertrauenswürdigen Medienökosystems. Ausgewählte Ergebnisse der Studie werden in diesem Beitrag vorgestellt.

Kurz und knapp

- Ein Report der European Broadcasting Union (EBU) zeigt Zusammenhänge zwischen der Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der demokratischen Qualität.
- Es besteht ein stark positiver Zusammenhang zwischen der Finanzausstattung der Öffentlich-Rechtlichen und dem Grad der Demokratie.
- Je stärker der öffentlich-rechtliche Rundfunk, umso höher das Interesse der Bürger an Politik und ihr Vertrauen in Teilhabe am politischen System.
- Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk wirkt sich positiv auf die Pressefreiheit, die Wahrnehmung der Wahlberichterstattung und die Glaubwürdigkeit öffentlich-rechtlicher Nachrichten aus.

Öffentlich-rechtliche Medien und Demokratie

Der Blick auf öffentlich-rechtliche als demokratiefördernde Medien wurzelt in einem Verständnis, das die Bedeutung des Service Public weniger darin sieht, Marktversagen auf dem Medienmarkt auszugleichen, als vielmehr einen Beitrag zu Demokratie und Gemeinwohl in der Breite der Gesellschaft zu leisten. Im Zentrum stehen die Nutzenden als Bürgerinnen und Bürger, eher denn (einzig und allein) als Konsumierende. Der öffentliche Auftrag besteht demnach darin, Bürgerschaft (Citizenship) zu fördern und dazu beizutragen, dass die Bevölkerung am öffentlichen politischen, kulturellen und sozialen Leben teilhaben kann. (8)

Teilhabe am öffentlichen politischen, kulturellen und sozialen Leben

* Technische Universität Dortmund.

Der Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde demgegenüber zuletzt häufig unter Marktgesichtspunkten beurteilt. Studien zum Einfluss der Öffentlich-Rechtlichen etwa auf den Produktionsmarkt, den Kreativsektor, die Musikbranche oder Volkswirtschaften allgemein liegen im Trend. (9) Zugleich wird das Argument des Verdrängungseffekts („Crowding-out“) diskutiert. Dabei steht die Frage im Zentrum, ob ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk kommerzielle Angebote behindern und damit dem Wettbewerb auf dem Medienmarkt schaden könnte. (10)

Public Value des
öffentlich-rechtlichen
Rundfunks

Seit den 2000er Jahren wird in der Medienpolitik vieler europäischer Länder verstärkt mit dem Public Value der Öffentlich-Rechtlichen argumentiert und damit nach deren Wert für die Gesellschaft gefragt. Zugleich wurden diese Debatten häufig als stark von ökonomischen Erwägungen getrieben beschrieben. Die Einführung von Public-Value-Prüfungen wie dem deutschen Drei-Stufen-Test wurden maßgeblich durch wettbewerbsrechtliche Entscheidungen der EU-Kommission vorangetrieben. (11) Gerade mit Blick auf die Perspektive der EU-Kommission auf Öffentlich-Rechtliche und den Folgen für die Mitgliedsstaaten wurde häufig eine starke oder gar einseitige Marktorientierung diagnostiziert. (12)

Medienfreiheit
und -pluralismus
in Europa

Der Rückgang demokratischer Freiheiten, die Beschneidung des Medienpluralismus und der wachsende Einfluss autoritär gesinnter Akteure und populistischer Parteien in vielen europäischen Ländern lassen demgegenüber zunehmend nach dem ideellen Beitrag fragen, den öffentlich-rechtliche und andere Medienorganisationen für eine starke Demokratie und zivilgesellschaftliche Werte leisten (können). Dies gilt auch für die EU-Ebene, deren Medienpolitik sich zuletzt über die Betrachtung ökonomischer Aspekte hinaus verstärkt dem Themenfeld von Medienfreiheit und – pluralismus zugewandt hat. (13)

Internationale
Studien zur demo-
kratischen Relevanz
des ö.-r. Rundfunks

Die international vergleichende politische Kommunikations- und Journalismusforschung hat sich dagegen schon länger mit der demokratischen Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seinem Beitrag zum Gemeinwohl auseinandergesetzt. Empirische Studien haben auf der individuellen oder länderspezifischen Ebene positive Zusammenhänge zwischen einer starken Nutzung öffentlich-rechtlicher Medien und Faktoren wie interpersonalem Vertrauen, Zustimmung zu demokratischen Werten, Wissen über politische Zusammenhänge oder Resilienz gegen Falschinformationen nachgewiesen. (14) In Mediensystemen mit starkem öffentlich-rechtlichem Rundfunk wurden zudem Ausstrahlungseffekte („Spillover“) auf die Qualität der Berichterstattung privatwirtschaftlich organisierter Medien und damit wiederum Rückkopplungen auf beispielsweise das politische Interesse der Bevölkerung beobachtet. (15) Zuletzt haben Timothy Neff und Victor Pickard eine

Analyse des Zusammenhangs von starken Öffentlich-Rechtlichen und dem Wohlergehen der Demokratie in 33 Ländern weltweit vorgelegt. Sie kommen unter anderem zu dem Schluss, dass neben einer ausreichenden vor allem auch eine für mehrere Jahre gesicherte Finanzierung, eine klare Trennung von Aufsicht und Management sowie eine plurale Zusammensetzung von Aufsichtsgremien dafür sorgen, dass öffentlich-rechtliche Medien einen Beitrag zum demokratischen Wohlbefinden ihrer Gesellschaften leisten können. (16)

Indikatoren und methodische Überlegungen

Auf diesen wissenschaftlichen Befunden und dem genannten breiten Demokratieverständnis aufbauend wurde für die der EBU-Studie zugrunde liegenden bivariaten Korrelationen ein Set verschiedener Indikatoren zusammengestellt (vgl. Tabelle 1). Mit Blick auf die öffentlich-rechtlichen Medien beziehen sich diese einerseits auf deren Finanzausstattung und andererseits auf ihre Publikumsleistungen wie etwa Marktanteile. Damit werden sowohl der Input in das öffentlich-rechtliche System (Finanzierung) als auch dessen Impact (Publikumsleistungen) berücksichtigt. (17) Diese Indikatoren wurden mit Kennzahlen demokratischer Qualität verglichen, die aus verschiedenen Indizes und internationalen Bevölkerungsbefragungen stammen. Die insgesamt 14 Indikatoren demokratischer Qualität wurden aufgeteilt in a) generelle Kennzahlen zur Situation der Demokratie in einem Land, b) Indikatoren, die Aufschluss über für ein demokratisches Gemeinwesen relevante Einstellungen der Bevölkerung geben, sowie c) Gradmesser für Freiheit, Qualität und Vielfalt des Mediensystems. Ziel war ein Vergleich dieser Kennzahlen in möglichst vielen Ländern der EBU-Region. (18) Alle verwendeten Indikatoren werden im Folgenden vorgestellt, für die öffentlich-rechtlichen Kennzahlen erfolgt dabei ein knapper, deskriptiver Vergleich der Daten.

Indikatoren demo-
kratischer Qualität

Als Indikator für den Input wurden Informationen zur Finanzierung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten pro Kopf für 2020 aus der Datenbank des EBU Media Intelligence Survey herangezogen. (19) Für diese Sammlung fragt die Forschungsabteilung der EBU jedes Jahr zahlreiche Daten der EBU-Mitglieder ab. Für die Berechnung des Pro-Kopf-Werts wird der jährliche Betriebsertrag der Rundfunkanstalten (Erträge aus öffentlichen Mitteln wie zum Beispiel Rundfunkbeiträgen, aber auch kommerzielle und sonstige Erlöse) ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl des Landes gesetzt. In Deutschland lag dieser Wert laut EBU-Berechnung bei 114 Euro pro Kopf und damit im oberen Bereich. Relativ zur Einwohnerzahl verfügen zudem Großbritannien und die skandinavischen Länder sowie Österreich und die Schweiz über gut finanzierte öffentlich-rechtliche Sender, während die meisten süd – und osteuropäischen Länder, aber

Input in das
öffentlich-rechtliche
System

Tabelle 1
Indikatoren für Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und demokratische Qualität

	Indikator	Datenquelle
Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	Input	
	Finanzierung pro Kopf	EBU Media Intelligence Survey 2021
	Impact	
	TV-Marktanteil	EBU Media Intelligence Survey 2021
	Radio-Marktanteil	EBU Media Intelligence Survey 2021
	Vertrauen in die politische Unabhängigkeit	Standard Eurobarometer 94 (2021)
	Vertrauen in Nachrichten	Reuters Institute Digital News Report 2021
Demokratische Qualität	Situation der Demokratie	
	Grad der Demokratie	EIU Democracy Index 2021
	Grad politischer Beteiligung	EIU Democracy Index 2021
	Grad deliberativer Demokratie	V-Dem Deliberative Democracy Index 2020
	Zufriedenheit mit der Situation der Demokratie im Land	Standard Eurobarometer 94 (2021)
	Einstellungen der Bevölkerung	
	Interesse an Politik	European Social Survey, Round 9 (2018)
	Vertrauen in die eigene Fähigkeit, an Politik teilzuhaben	European Social Survey, Round 9 (2018)
	Grad der Zustimmung zu autoritärer Herrschaft	World Values Survey, Wave 7 (2017-2020)
	Interpersonelles Vertrauen	World Values Survey, Wave 7 (2017-2020)
	Medienumgebung	
	Grad der Pressefreiheit	Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit 2021
	Vertrauen in Informationen aus nationalen Medien	Standard Eurobarometer 94 (2021)
	Vielfalt der Ansichten und Meinungen in der Medienberichterstattung	Standard Eurobarometer 94 (2021)
	Wahrnehmung der Fairness der Wahlberichterstattung	World Values Survey, Wave 7 (2017-2020)
	Wahrnehmung von Des- und Falschinformationen als Problem	Standard Eurobarometer 94 (2021)
	Häufigkeit, mit der Bürger auf Des- und Falschinformationen stoßen	Standard Eurobarometer 94 (2021)

Quelle: EBU.

auch die Niederlande bei unter 60 Euro pro Einwohner liegen. Im Durchschnitt der EBU-Region entsprechen die Gesamteinnahmen rund 45 Euro pro einwohnender Person und Jahr. (20)

UA:PBC und das libanesische Fernsehen TL mit jeweils rund einem Prozent Jahresmarktanteil.

Hinzu kamen die öffentlich-rechtlichen Marktanteile auf dem Hörfunkmarkt aus der EBU-Datenbank. Im Durchschnitt erzielten die öffentlich-rechtlichen Radiowellen der EBU-Region 2020 einen Marktanteil von 34 Prozent. An der Spitze lag DR (Dänemark) mit 78 Prozent, in Deutschland kamen ARD und Deutschlandradio auf gemeinsam 54,8 Prozent und lagen damit auf dem neunten Platz der Liste. Am unteren Ende fanden sich der griechische Rundfunk ERT (6,5%), der ukrainische UA:PBC (4,4%) und der luxemburgische Sender Radio 100,7 (3,3%).

Impact des öffentlich-rechtlichen Systems

Zunächst wurden hier die TV-Marktanteile der Öffentlich-Rechtlichen im Jahr 2020 berücksichtigt, wofür ebenfalls auf den genannten EBU-Datensatz zurückgegriffen wurde. 2020 erreichte das öffentlich-rechtliche Fernsehen der EBU-Region durchschnittlich einen Marktanteil von 23,7 Prozent. Spitzenreiter war der isländische Rundfunk RÚV (70,3%), gefolgt von ARD und ZDF mit gemeinsam 49,0 Prozent. Die letzten Plätze der Liste besetzten der ukrainische

Vertrauen der Bürger
in politische
Unabhängigkeit
öffentlicher Medien

Als weiterer Indikator wurde das Vertrauen der Bürger in die politische Unabhängigkeit der öffentlichen Medien in ihrem Land ausgewählt. Die EU-Kommission fragt dies regelmäßig in ihren Eurobarometer-Umfragen in allen Mitgliedsstaaten ab. Dabei wird die Zustimmung zu bzw. Ablehnung der Aussage „Die öffentlich-rechtlichen Medien sind frei von politischem Druck“ gemessen. Wohlgermerkt handelt es sich dabei um eine Einschätzung der Bevölkerung und nicht um eine Expertenanalyse, wie etwa beim Projekt Media Pluralism Monitor, das die Unabhängigkeit der Öffentlich-Rechtlichen anhand eines risikobasierten Indexmodells ermittelt. (21) Für die EBU-Studie wurden die Daten des Standard Eurobarometer 94 (Feldphase im Winter 2020/2021) verwendet. (22) Im EU-Schnitt waren 43 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Öffentlich-Rechtlichen in ihrem Land frei von politischem Druck sind. Am meisten Vertrauen in die politische Unabhängigkeit hat demnach die Bevölkerung in Skandinavien: In Finnland stimmten 71 Prozent, in Dänemark und Schweden jeweils 65 Prozent der Befragten dem Statement zu. In Deutschland lag dieser Wert bei 53 Prozent. Am unteren Ende finden sich, der Typologie von Daniel Hallin und Paolo Mancini folgend, polarisiert-pluralistische Mediensysteme (23): In Griechenland vertrauten lediglich 15 Prozent der Bevölkerung in die Unabhängigkeit des öffentlichen Rundfunks, gefolgt von Spanien (21 %), Zypern und Frankreich (je 23 %) sowie Malta (24 %). Staaten wie Polen (31 %) und Ungarn (34 %), wo es zuletzt verstärkte Debatten über die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gab, erzielten dagegen etwas höhere Werte.

Vertrauen in
öffentlich-rechtliche
Nachrichten

Außerdem wurde das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Nachrichten als weiterer Indikator für die Publikumsleistungen ausgewählt. Dafür kann der jährliche Digital News Report des Reuters Institute for the Study of Journalism genutzt werden. In der hier zugrunde liegenden Erhebung aus dem Jahr 2021 liegen Daten für 26 europäische Medienmärkte vor. (24) In der Online-Bevölkerungsumfrage wird das Vertrauen in ausgewählte Nachrichtenmarken anhand einer Skala von 0 (kein Vertrauen) bis 10 (sehr hohes Vertrauen) gemessen. (25) Weil zu der Liste der ausgewählten Marken in vielen Ländern gleich mehrere öffentlich-rechtliche Nachrichtenangebote zählen, wurde für die Korrelationsanalysen jeweils die öffentlich-rechtliche Marke mit dem höchsten Vertrauen gewählt. Als „vertrauend“ kategorisiert das Reuters Institute den Prozentsatz der Befragten, die eine Marke mit einem Wert zwischen einschließlich 6 und 10 beurteilt. Im Vergleich der europäischen Medienmärkte hielten durchschnittlich zwei Drittel der Befragten die in ihrem Markt bestplatzierte öffentlich-rechtliche Marke für vertrauenswürdig. Am höchsten war das Vertrauen in die Nachrichten des finnischen Yle (85 %). Ebenfalls weit vorne lagen der

dänische DR (84 %), der portugiesische RTP und die Marke VRT Nieuws des flämischen Rundfunks VRT (je 81 %). In Deutschland war die ARD-„Tagesschau“ mit 70 Prozent die führende Marke. Am unteren Ende der Liste fanden sich das ungarische MTV (40 %) und das polnische Fernsehen TVP (36 %).

Zunächst wurde hier auf die Daten des EIU Democracy Index 2020 zurückgegriffen. (26) Dieses Ranking der Economist Intelligence Unit basiert im Wesentlichen auf den Einschätzungen von Experten, die durch Daten aus Bevölkerungsbefragungen ergänzt werden. 167 Staaten weltweit werden dabei auf einer aufsteigenden Demokratieskala von 0 bis 10 eingeordnet. Neben dem aggregierten Index, der den Status quo der Demokratie im Allgemeinen messen soll, wurde für die EBU-Studie auch der Teilindex Political Participation berücksichtigt, der verschiedene Kennzahlen wie Wahlbeteiligung, Mitgliederzahlen politischer Parteien oder die Bedeutung von politischen Demonstrationen beinhaltet. (27)

Aus dem umfangreichen Datensatz des V-Dem-Projekts wurde der Deliberative Democracy Index ausgewählt. Dieser soll erfassen, inwieweit politische Entscheidungsprozesse in einem Land auf den deliberativen Prinzipien der gemeinwohlorientierten öffentlichen Argumentation, der Vielfalt der berücksichtigten Stimmen und des respektvollen Dialogs beruhen. (28) Um diese zentrale demokratische Qualität nicht losgelöst von der Existenz freier Wahlen als Grundanforderung für eine Demokratie zu betrachten, berücksichtigt der Deliberative Democracy Index zusätzlich den Electoral Democracy Index als weitere Komponente der V-Dem-Daten. Für die EBU-Studie wurde dieser Teilindex aufgrund der Bedeutung der Medien für die Deliberation ausgewählt. Die V-Dem-Indizes beruhen auf einer Vielzahl von Daten, die von Mitgliedern des V-Dem-Teams selbst codiert werden oder auf Einschätzungen externer Experten bzw. Expertinnen beruhen. (29)

Der Grad der Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie in ihrem Land wurde aus den Daten des Standard Eurobarometer 94 übernommen.

In die Kategorie Einstellungen der Bevölkerung fallen zwei Indikatoren aus dem Datensatz des European Social Survey (ESS). Das sozialwissenschaftliche ESS-Netzwerk untersucht alle zwei Jahre in umfangreichen Befragungen Meinungen, Werte und Überzeugungen von Menschen in rund 30 europäischen Ländern. Für die EBU-Studie wurden zwei Fragestellungen aus der neunten, 2018 erhobenen ESS-Runde ausgewählt: zum einen der Grad des politischen Interesses der Bevölkerung, zum anderen ihr Vertrauen in die eigene Fähigkeit, sich an der Politik zu beteiligen. (30)

Situation der
DemokratieGrad der
deliberativen
DemokratieEinstellungen der
Bevölkerung

Die ebenfalls von einem wissenschaftlichen Netzwerk durchgeführte Bevölkerungsumfrage World Values Survey (WVS) erfasst vergleichend alle fünf Jahre Werte, Überzeugungen und Einstellungen von Menschen in verschiedenen Ländern weltweit. Der hier verwendete erste Datensatz der jüngsten Erhebungsrunde (7. Welle 2017 bis 2020) wurde im November 2020 veröffentlicht. (31) In die EBU-Studie aufgenommen wurden die Fragen nach der Zustimmung bzw. Ablehnung eines autoritären politischen Führungsstils sowie nach dem Vertrauen in andere Menschen (interpersonelles Vertrauen).

Pressefreiheit in unterschiedlichen Mediensystemen | Hier wurde zunächst die Rangliste der Pressefreiheit 2021 von Reporter ohne Grenzen verwendet, die 180 Staaten weltweit umfasst und überwiegend auf Experteneinschätzungen beruht. (32) Der Index reicht von 1 bis 100, je höher die Punktzahl eines Landes, desto schlechter steht es dort um die Freiheit der Medien. Für diese Auswertung wurden die Länder-Scores invertiert, um höhere Werte bei Input und Impact des öffentlich-rechtlichen Systems besser mit einer größeren Pressefreiheit ins Verhältnis setzen zu können.

Aus den Datensätzen des World Values Survey wurde die Einschätzung der Bevölkerung zur Fairness der nationalen Medienberichterstattung über Wahlen übernommen.

Vertrauen in öffentlich-rechtliche Informationen und Wahrnehmung von Fake-News | Die Demoskopien der EU-Kommission befragen die Unionsbürgerinnen und –bürger im Standard Eurobarometer unter anderem danach, inwieweit sie die von ihren jeweiligen nationalen Medien dargebotenen Informationen als vertrauenswürdig einstufen und ob sie die in der Berichterstattung präsentierten Ansichten und Meinungen als vielfältig wahrnehmen. Komplettiert wurden die Kennzahlen zum Mediensystem durch zwei Indikatoren zur Wahrnehmung von Des- und Falschinformationen: Zum einen, inwieweit die Bevölkerung die Existenz solcher Nachrichten als Problem in ihrem Land empfindet; zum anderen die Selbsteinschätzung der Häufigkeit, mit der Bürger auf solche Informationen stoßen.

Methodische Erhebungsunterschiede erschweren Vergleichbarkeit | Die Erhebungsmethoden der hier zugrunde gelegten Datensätze unterscheiden sich teilweise erheblich. Genutzt wurden Bevölkerungsumfragen verschiedener Methodik sowie Expertenbewertungen, was unweigerlich Fragen nach der Vergleichbarkeit der Datensätze aufwirft. Zudem sind gerade Länder-Rankings wie der EIU Democracy Index oder die Rangliste der Pressefreiheit aus methodischer Perspektive nicht unumstritten, wenngleich sie für vergleichende wissenschaftliche Analysen häufig genutzt werden. (33) Für den hier angestrebten internationalen Vergleich von Indikatoren zum öffentlichen Rundfunk einerseits und für demokratische Qualität andererseits erscheint die Nutzung dieser unterschiedlichen Datensätze jedoch unverzichtbar. Zudem un-

terscheiden sich die Sample-Größen: Die Eurobarometer-Daten sind beispielsweise teils lediglich für die 27 EU-Mitgliedsstaaten verfügbar, teils auch für zehn weitere europäische Länder. Auch die Indikatoren für Finanzierung und Marktanteile der öffentlich-rechtlichen Medien liegen nicht für alle Länder der EBU-Region gleichermaßen vor. Die Ländersamples der einzelnen Korrelationsanalysen sind aufgrund dieser Verfügbarkeitsfragen nicht identisch, was die direkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse erschwert. (34) Dennoch wurden die unterschiedlichen Datenquellen mit ihren verschiedenen Samples und Methodiken gewählt, um ein möglichst breites Bild verschiedener demokratischer Qualitäten für möglichst viele Staaten der EBU-Region zeichnen zu können.

Ergebnisse

Im Folgenden soll auf ausgewählte, statistisch signifikante Ergebnisse der Korrelationsanalysen eingegangen werden. Einen Überblick über sämtliche Ergebnisse bietet Tabelle 2.

– Gesunde Demokratien gehen Hand in Hand mit einem gut finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Es zeigt sich ein stark positiver Zusammenhang zwischen dem Grad der Demokratie gemäß EIU Democracy Index und der Finanzausstattung der Öffentlich-Rechtlichen pro Einwohner ($r = .77, p < .001$) (vgl. Abbildung 1). Zudem korreliert die Qualität der Demokratie positiv mit dem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Nachrichten ($r = 0.61, p < .001$). Moderante Korrelationen bestehen für TV – ($r = .59$) sowie Radio-Marktanteile ($r = .59, p$ jeweils $< .001$).

– Je stärker die Öffentlich-Rechtlichen in einem Land, desto mehr Bürgerinnen und Bürger sind mit der Situation der Demokratie zufrieden: Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Finanzstärke der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ($r = .69, p < .001$) und der Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Situation der Demokratie in ihrem Land. Dasselbe gilt für hohe Reichweiten auf dem TV – ($r = .62$) und Hörfunkmarkt ($r = .70, p$ jeweils $< .001$). Die Demokratiezufriedenheit ist zudem höher in Ländern, in denen Bürger weniger politischen Druck auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wahrnehmen ($r = .65; p < .001$) (vgl. Abbildung 2).

– Je besser die finanzielle Ausstattung der Öffentlich-Rechtlichen, desto mehr Deliberation und Partizipation: Höhere Investitionen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk korrelieren mit einer besseren Qualität des öffentlichen Diskurses ($r = .66, p < .001$). Je mehr Bürger und Bürgerinnen den öffentlich-rechtlichen Nachrichten in ihrem Land vertrauen, desto besser die Qualität öffentlicher Entscheidungsfindung ($r = .64, p < .001$). Ebenfalls lässt sich eine positive Korrelation zwischen Finanzierung und politischer Partizipation feststellen: Je größer die Investitionen

Situation der Demokratie

Tabelle 2
Ergebnisse der Korrelationsanalysen
Demokratische Qualität

	Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks				
	Pro-Kopf-Finanzierung	TV-Marktanteil	Radio-Marktanteil	Vertrauen in politische Unabhängigkeit	Vertrauen in Nachrichten
Situation der Demokratie					
Grad der Demokratie (EIU Democracy Index)	0,77***	0,59***	0,59***	0,52**	0,61***
Grad politischer Beteiligung (EIU Democracy Index 2021)	0,64***	0,46**	0,5**	0,39*	0,45*
Grad deliberativer Demokratie (V-Dem Deliberative Democracy Index 2020)	0,66***	0,54***	0,51**	0,21 –	0,64***
Zufriedenheit mit der Situation der Demokratie im Land (Standard Eurobarometer 94)	0,69***	0,62***	0,7***	0,65***	0,57**
Einstellungen der Bevölkerung					
Interesse an Politik (European Social Survey, Round 9)	0,72***	0,65***	0,76***	0,66***	0,62**
Vertrauen in die eigene Fähigkeit, an Politik teilzuhaben (European Social Survey, Round 9)	0,85***	0,58***	0,78***	0,43*	0,42*
Grad der Zustimmung zu autoritärer Herrschaft (World Values Survey, Wave 7)	–0,64***	–0,64***	–0,56**	–0,03 –	0,05 –
Interpersonelles Vertrauen (World Values Survey, Wave 7)	0,8***	0,71***	0,84***	0,7***	0,68**
Mediensystem					
Grad der Pressefreiheit (Rangliste der Pressefreiheit 2021, Reporter ohne Grenzen)	0,68***	0,49***	0,61***	0,72***	0,72***
Vertrauen in Informationen aus nationalen Medien (Standard Eurobarometer 94)	0,52**	0,57**	0,56**	0,9***	0,82***
Vielfalt der Ansichten und Meinungen in der Medienberichterstattung (Standard Eurobarometer 94)	0,44*	0,5**	0,48*	0,78***	0,6**
Wahrnehmung der Fairness der Wahlberichterstattung (World Values Survey, Wave 7)	0,63***	0,59***	0,69***	0,64**	0,66***
Wahrnehmung von Des- und Falschinformationen als Problem (Standard Eurobarometer 94)	–0,54***	–0,43**	–0,55***	–0,58**	–0,63***
Häufigkeit, mit der Bürger auf Des- und Falschinformationen stoßen (Standard Eurobarometer 94)	–0,55***	–0,43**	–0,59***	–0,49**	–0,56**

Signifikanzniveau r (Pearson); * p < 0.05; ** p < 0.01, *** p < 0.001.

Quelle: EBU.

pro Kopf, desto mehr Bürgerbeteiligung ($r = .64$, $p < .001$).

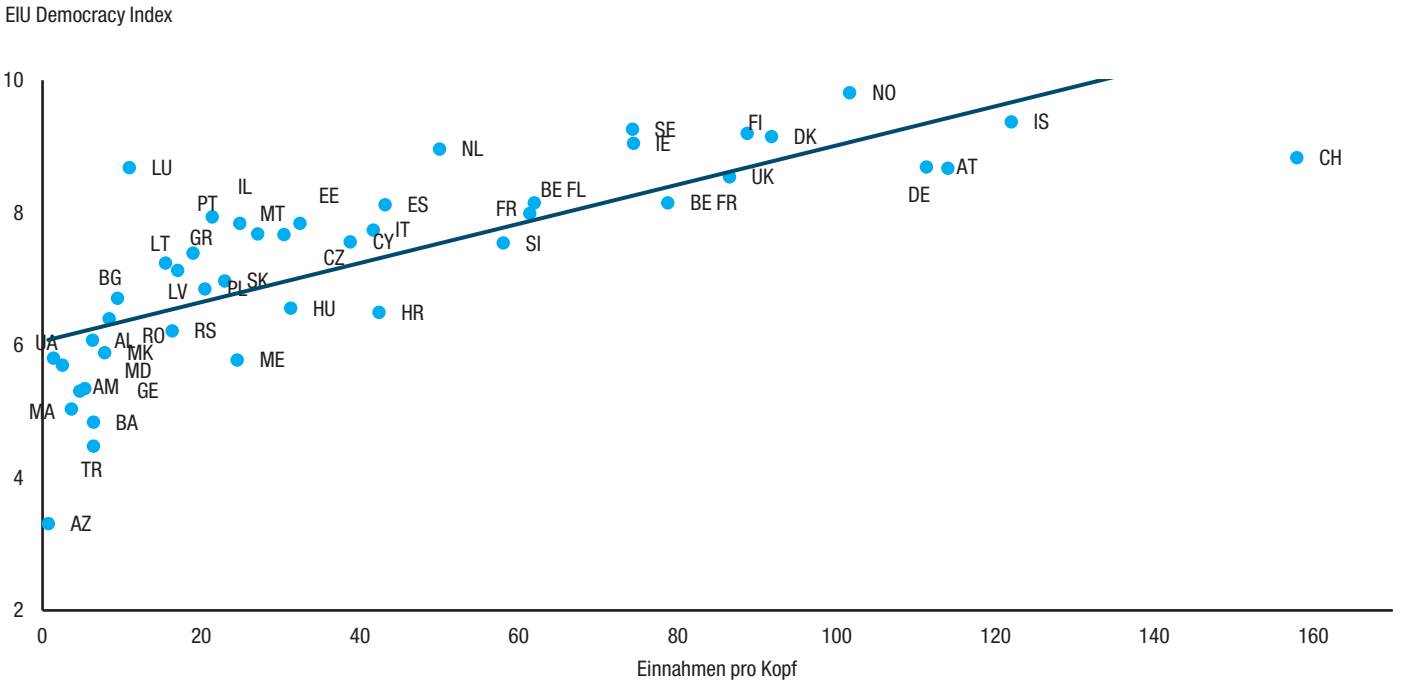
Einstellungen der Bevölkerung – Je stärker die Öffentlich-Rechtlichen, desto weniger Bürger befürworten einen autoritären Politikstil: Es besteht eine negative Korrelation zwischen dem Anteil der Öffentlich-Rechtlichen am TV-Markt und der Zustimmung der Menschen zu autokratischer Herrschaft ($r = -.64$, $p < .001$) (vgl. Abbildung 3). Das gilt auch für die Position auf dem Radiomarkt ($r = -.56$, $p < .01$) sowie die Finanzausstattung ($r = -.64$; $p < .001$).

– Je stärker die öffentlich-rechtlichen Sender, desto mehr Bürgerinnen und Bürger vertrauen anderen Menschen und in ihre Teilhabe am politischen System: Interpersonelles Vertrauen korreliert positiv sowohl mit den Pro-Kopf-Erträgen ($r = .80$) als auch

mit den Anteilen am TV – ($r = .71$) und Radiomarkt ($r = .84$, p jeweils $< .001$). Zudem zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen reichweitenstarkem öffentlich-rechtlichem Hörfunk und dem Vertrauen der Bürger in ihre Fähigkeit, am politischen System teilzuhaben ($r = .78$), die Korrelation mit der Position am TV-Markt ist dagegen moderat ($r = .58$; p jeweils $< .001$). Eine stark positive Korrelation besteht hier ebenso für die Finanzausstattung relativ zur Bevölkerungszahl ($r = .85$, $p < .001$).

– Je stärker die Position der Öffentlich-Rechtlichen in einem Land, desto größer das Interesse seiner Einwohner an Politik: Sowohl die Position am Radiomarkt ($r = .76$) als auch die Pro-Kopf-Finanzierung ($r = .72$) und der Anteil am TV-Markt ($r = .65$, p jeweils $< .001$) weisen starke positive Korrelationen zum politischen Interesse auf. Je höher das Vertrauen in öffentlich-

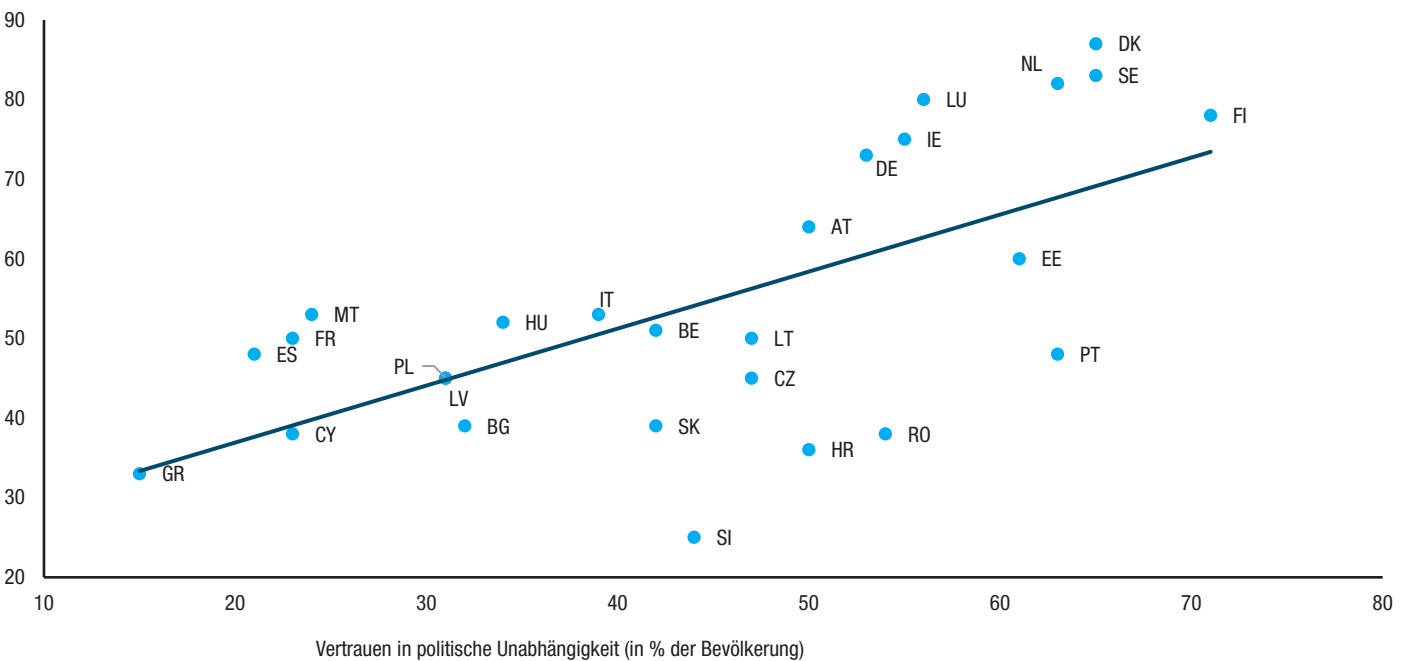
Abbildung 1
Beziehung zwischen Finanzierung öffentlicher Medien pro Kopf und Grad der Demokratie



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf EBU und EIU Democracy Index 2020.

Abbildung 2
Beziehung von Vertrauen in politische Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien und Zufriedenheit mit der Demokratie im Land

Zufriedenheit mit der Situation der Demokratie im Land (in % der Bevölkerung)

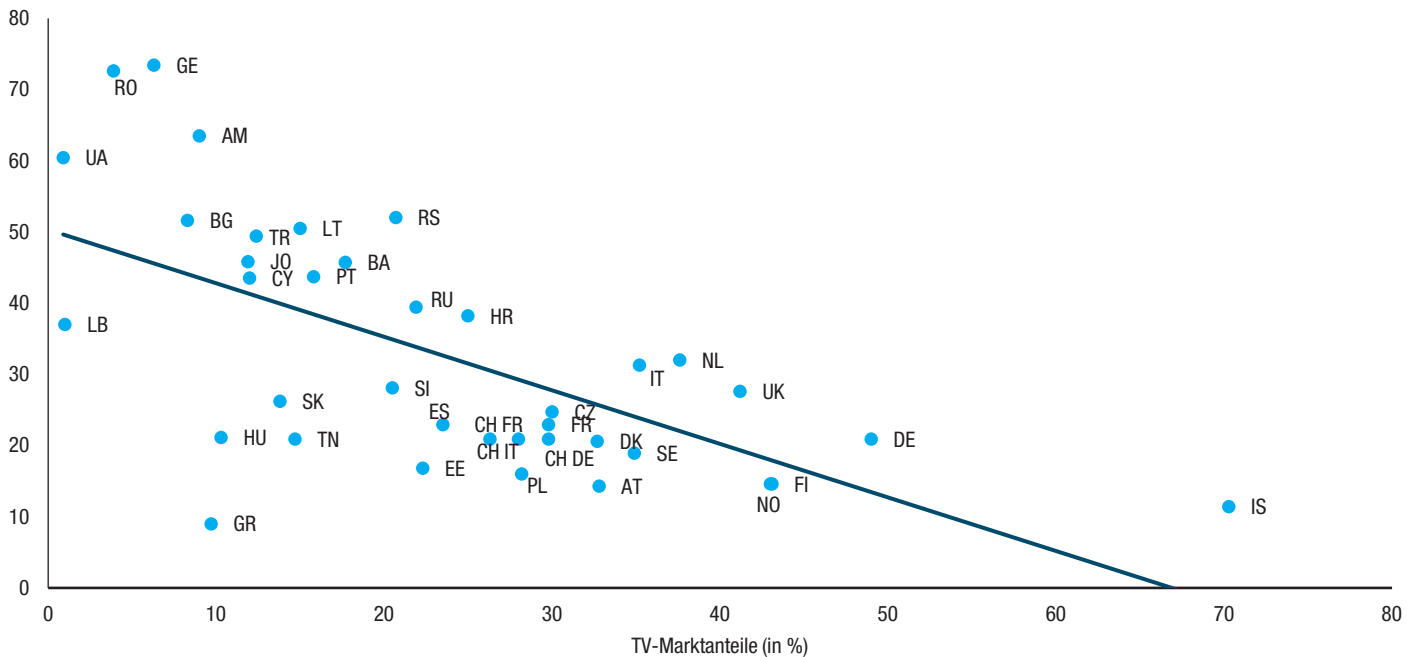


Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Standard Eurobarometer 94.

Abbildung 3

Beziehung zwischen öffentlich-rechtlichen TV-Marktanteilen und Zustimmung der Bevölkerung zu autoritärer Herrschaft

Zustimmung zu autoritärer Herrschaft (in % der Bevölkerung)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf EBU und World Values Survey Wave 7.

rechtliche Nachrichten, desto größer auch das politische Interesse der Bevölkerung ($r = .62, p < .01$).

die nationale Medienberichterstattung insgesamt ($r = .82, p < .001$).

Mediensystem | – Um die Pressefreiheit ist es besser bestellt in Ländern mit starkem öffentlich-rechtlichem Rundfunk: Die Finanzierung pro Einwohner korreliert mit dem Grad der Pressefreiheit ($r = .68, p < .001$). Positive Zusammenhänge zeigen sich ebenso zwischen der Freiheit der Medien und dem Anteil der Öffentlich-Rechtlichen am Radiomarkt ($r = .61, p < .001$) sowie, etwas schwächer, am TV-Markt ($r = .49, p < .001$). Zudem korreliert das Vertrauen der Bürger in die politische Unabhängigkeit „ihres“ öffentlich-rechtlichen Rundfunks ($r = .72$) und in sein Nachrichtenangebot stark mit der Pressefreiheit ($r = .72, p$ jeweils $< .001$).

– Je stärker die Öffentlich-Rechtlichen, desto größer das Vertrauen der Menschen in Informationen aus nationalen Medien: Hier zeigen sich moderate Korrelationen sowohl für die Position am Radiomarkt ($r = .56$), die TV-Marktanteile ($r = .57$) und die Pro-Kopf-Erträge ($r = .52, p$ jeweils $< .01$). Je mehr die Bevölkerung auf die Freiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von politischer Einflussnahme vertraut, desto glaubwürdiger stuft sie auch die Informationen in nationalen Medien insgesamt ein ($r = .90, p < .001$). Wenn die Bürgerinnen und Bürger eines Landes öffentlich-rechtliche Nachrichten als glaubwürdig einstufen, setzen sie auch größeres Vertrauen in

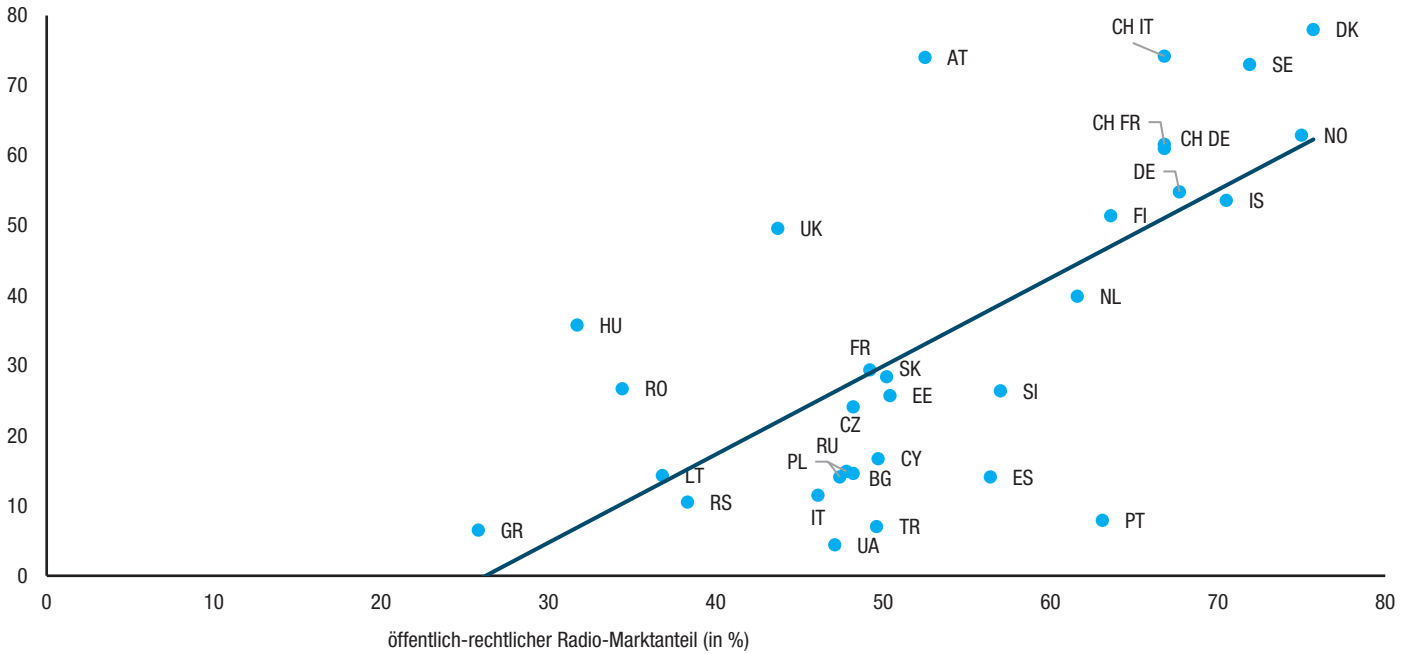
– Ein hoher öffentlich-rechtlicher Marktanteil geht mit einer positiven Wahrnehmung der Wahlberichterstattung einher: Dies lässt sich sowohl für den Radio- ($r = .69$) (vgl. Abbildung 4) als auch für den Fernsehmarktanteil ($r = .59, p$ jeweils $< .001$) feststellen. In Ländern mit höherem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Nachrichtenangebote nimmt die Bevölkerung die Wahlberichterstattung als fairer wahr ($r = .66$), dasselbe gilt für Länder mit einer höheren Pro-Kopf-Finanzierung ($r = .63, p$ jeweils $< .001$).

– Je unabhängiger die Öffentlich-Rechtlichen, desto mehr Einwohner empfinden die Meinungen in der nationalen Medienberichterstattung als vielfältig: Je höher der Anteil der Bevölkerung, der davon überzeugt ist, dass die öffentlichen Medien frei von politischem Druck operieren, desto mehr Menschen sind auch mit der Meinungsvielfalt in der nationalen Medienberichterstattung insgesamt zufrieden ($r = .78, p < .001$).

– Je stärker die Öffentlich-Rechtlichen, desto weniger sorgt sich die Bevölkerung um „Fake News“: Vertrauen in öffentlich-rechtliche Nachrichten korreliert stark und negativ mit der Wahrnehmung der Bevölkerung von Desinformation als Problem in ihrem Land ($r = -.63, p < .001$) (vgl. Abbildung 5). Modera-

Abbildung 4
Beziehungen zwischen öffentlich-rechtlichen Radio-Marktanteilen und Wahrnehmung der Wahlberichterstattung nationaler Medien insgesamt durch die Bevölkerung

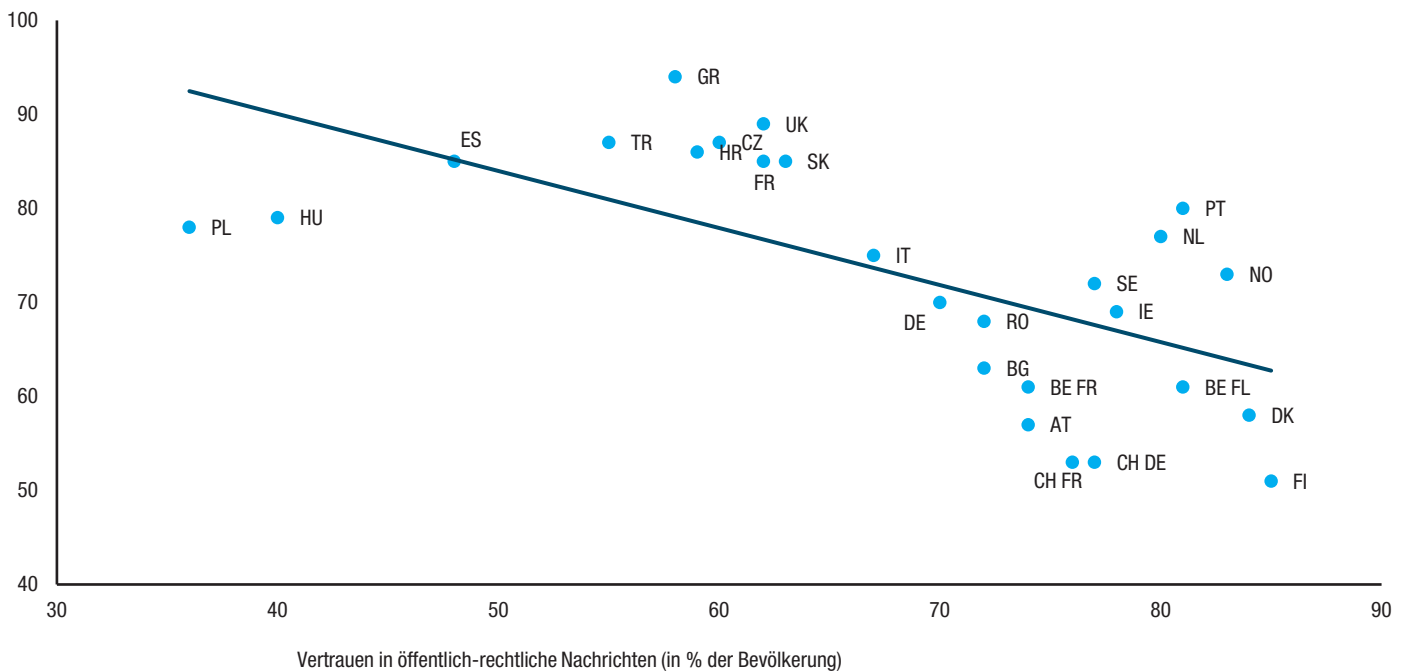
Wahrnehmung der nationalen Wahlberichterstattung als fair (in % der Bevölkerung)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf EBU und World Values Survey (Wave 7).

Abbildung 5
Beziehung zwischen Vertrauen in öffentlich-rechtliche Nachrichten und Wahrnehmung von Desinformation als Problem

Wahrnehmung von Des- und Falschinformation als Problem im Land (in % der Bevölkerung)



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Reuters Institute Digital News Report 2021 und Standard Eurobarometer 94.

te Zusammenhänge bestehen für den Radiomarktanteil ($r = -.55$) und die Erträge pro Kopf ($r = -.54$, p jeweils $< .001$). Die Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks korreliert zudem negativ mit der Häufigkeit, mit der Bürger nach eigener Einschätzung auf Des- und Falschinformationen stoßen (Pro-Kopf-Finanzierung: $r = -.55$, $p < .001$; TV-Marktanteil: $r = -.43$, $p < .01$; Radio-Marktanteil: $r = -.59$, $p < .001$).

Fazit

Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und demokratische Qualität

Die Studie zeigt zahlreiche statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen der Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Kennzahlen demokratischer Qualität im europaweiten Vergleich. Um einem breiten Demokratieverständnis Rechnung zu tragen, wurde eine Vielzahl unterschiedlicher Aspekte berücksichtigt. Für die EBU-Studie wurde angenommen, dass reichweitenstarke, ausreichend finanzierte und von den Bürgern als glaubwürdig und unabhängig geschätzte öffentliche Medien ihrem Auftrag, zum Gemeinwohl beizutragen, besser nachkommen können, etwa mit Blick auf die demokratische Qualität des politischen Systems. Weiter wurde vermutet, dass Input und Impact des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im positiven Zusammenhang stehen zu Einstellungen und Haltungen der Bevölkerung, die für ein demokratisches Gemeinwesen relevant sind. Dazu zählen etwa eine ablehnende Haltung gegenüber autoritären Politikstilen oder ein hohes Maß an interpersonellem Vertrauen. Zudem wurde davon ausgegangen, dass eine starke Position der Öffentlich-Rechtlichen positive Effekte auf die Publikums-wahrnehmung des Mediensystems insgesamt hat, zum Beispiel was das Vertrauen der Menschen in Nachrichten, die Wahrnehmung von Meinungsvielfalt sowie die Sorge vor „Fake News“ angeht. Dies kann wiederum auf Ausstrahlungseffekte (Spillover) öffentlich-rechtlicher Standards auf das gesamte Medienökosystem hindeuten.

Die Ergebnisse der Analyse stützen diese Annahmen grundsätzlich. Statistisch signifikante Korrelationen mit der Stärke des öffentlich-rechtlichen Systems zeigen sich für alle drei hier gewählten Teilbereiche demokratischer Qualität: für die Situation der Demokratie ebenso wie auf der Ebene von Einstellungen der Bevölkerung und mit Blick auf die Qualität des Mediensystems.

Wie bei allen Korrelationsanalysen kann aus diesen Ergebnissen (noch) kein Kausalzusammenhang zwischen der Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Qualität der Demokratie konstatiert werden, zumal keine Drittvariablen zur Kontrolle herangezogen wurden. Umgekehrte Kausalzusammenhänge sind ebenso möglich: Starke Demokratien als häufig finanzstarke Länder investieren tendenziell mehr in „ihren“ öffentlich-rechtlichen Rundfunk und

sind eher geneigt, dessen Unabhängigkeit zu garantieren, wodurch er zu einem von der Bevölkerung anerkannten und führenden Player am Medienmarkt wird. Bürgerinnen und Bürger aus Ländern, in denen Institutionen generell größeres Vertrauen geschenkt wird und in denen die Politikverdrossenheit weniger stark ausgeprägt ist, halten auch die öffentlichen Medien für glaubwürdiger und unabhängiger.

Weitere Studien könnten ihr Augenmerk daher verstärkt auf die Überprüfung von positiven Wechselwirkungen und Rückkopplungen zwischen der Situation der Demokratie und der Leistung der öffentlich-rechtlichen Medien legen und die Frage stellen, inwieweit öffentlich-rechtliche Medien im Sinne eines solchen „virtuous circle“ zu einer Stärkung der Demokratie beitragen können. (35) Angesichts des fortschreitenden Wandels vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk hin zu öffentlich-rechtlichen Plattformen sowie der starken Onlinenutzung gerade jüngerer Zielgruppen könnten auch Kennzahlen zur Reichweite der öffentlich-rechtlichen Onlineangebote einbezogen werden, auch wenn sich die Datenlage in diesem Bereich aufgrund international verschiedener Messstandards als schwer vergleichbar darstellt.

Im Bereich des Inputs in das öffentlich-rechtliche System könnten zusätzliche Kennzahlen wie etwa die der Einnahmen aus öffentlichen Mitteln pro Kopf hinzugezogen werden. Darüber hinaus können Indikatoren für die Unabhängigkeit und Stabilität von Aufsicht und Finanzierung der Öffentlich-Rechtlichen berücksichtigt werden.

Die derzeitigen politischen, gesellschaftlichen und durch Veränderungen im Mediensystem ausgelösten Herausforderungen für öffentlich-rechtliche Medien in Europa rücken den Beitrag in den Fokus, den diese – weiterhin oder zukünftig neu – für Demokratie, Gemeinwohl und die Förderung von Citizenship leisten können und sollen. Das gilt beispielsweise mit Blick auf die Diskussion über die Rundfunkanstalten als Anbietende eines öffentlichen, digitalen Kommunikationsraums („public open space“) und damit als Gegengewicht zu den großen kommerziellen Plattformen. (36) Die aktuell geplante Reform des im deutschen Medienstaatsvertrags festgehaltenen Auftrags von ARD, ZDF und Deutschlandradio böte eine Chance, den Beitrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu Demokratie und Gemeinwohl stärker hervorzuheben.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. V-Dem Institute: Democracy Report 2022. Autocratization Changing Nature? Göteborg 2022, S. 6; https://v-dem.net/media/publications/dr_2022.pdf (abgerufen am 14.4.2022).
- 2) Vgl. ebd., S. 19.

Demokratiestärkung durch öffentlich-rechtliche Medien weiter erforschen

MStV-Reform bietet Chance, Bedeutung des ö.-r. Rundfunks für Demokratie und Gemeinwohl hervorzuheben

- 3) Vgl. Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit; <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/rangliste-2021> (abgerufen am 11.4.2022).
- 4) Vgl. Lüthmann, Anna/Staffan I. Lindberg: A third wave of autocratization is here: what is new about it? In: *Democratization*, 26, 7/2019, S. 1095-1113.
- 5) Vgl. etwa Schiffrin, Anya: Introduction to Special Issue on media capture. In: *Journalism Studies*, 19, 8/2018, S. 1033-1042; für öffentlich-rechtliche Medien vgl. Dragomir, Marius/Minna Aslama Horowitz: Media Capture and Its Contexts: Developing a Comparative Framework for Public Service Media. In: Tüñez-López, Miguel/Francisco Campos-Freire/Marta Rodríguez-Castro (Hrsg.): *The Values of Public Service Media in the Internet Society*. Cham 2021, S. 217-246.
- 6) Vgl. § 26 Absatz 1 Satz 1 MStV. In: *Media Perspektiven Dokumentation I/2021*, S. 14. Online unter: <https://www.ard-media.de/media-perspektiven/dokumentation/> (abgerufen am 12.4.2022).
- 7) Vgl. EBU: *Democracy and Public Service Media. Le Grand-Saconnex 2021*; https://www.ebu.ch/publications/research/login_only/report/democracy-psm (abgerufen am 14.4.2022); vgl. auch die Vorgängerpublikation: EBU: *Democracy & PSM. How a nation's democratic health relates to the strength of its public service media. Le Grand-Saconnex 2019*.
- 8) Vgl. Donders, Karen: *Public Service Media in Europe. Law, Theory and Practice*. London, New York 2021, S. 60 ff.
- 9) Vgl. etwa Oxford Economics/EBU: *The economic impact of public radio's music activities. Le Grand-Saconnex 2020*; Raats, Tim/Stefanie Tintel/Pieter Ballon: *Is VRT supporting economic growth? Smit Policy Brief #20*, 7. Dezember 2018; <https://smit.vub.ac.be/wp-content/uploads/2019/05/Policy-Brief-20.pdf> (abgerufen am 23.4.2022). Die Unternehmensberatung South 180 zählte in einer Analyse insgesamt 32 Studien über den wirtschaftlichen Impact der Öffentlich-Rechtlichen in den vergangenen 15 Jahren, vgl. https://www.linkedin.com/posts/south-180_impact-broadcasters-activity-6891390524994256896-nle3 (abgerufen am 18.3.2022).
- 10) Vgl. etwa Sehl, Annika/Richard Fletcher/Robert G. Picard: *Crowding out: Is there evidence that public service media harm markets? A cross-national comparative analysis of commercial television and online news providers*. In: *European Journal of Communication*, 35, 4/2020, S. 389-409. Vgl. auch den Beitrag von Christian Zabel und Frank Lobigs zu „Crowding-in-Effekten der öffentlich-rechtlichen Werbevermarktung“ am Beispiel Österreichs in diesem Heft.
- 11) Vgl. etwa Just, Natascha/Michael Latzer: *Medienpolitik durch Europäische Wettbewerbspolitik. Druck auf öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Beihilfenpolitik – Public-Value-Konzepte als Lösungsansatz*. In: Gundlach, Hardy (Hrsg.): *Public Value in der Digital- und Internetökonomie*. Köln 2011, S. 79-100.
- 12) Vgl. etwa Van den Bulck, Hilde: *Public Service Media Accountability in Recent Decades. A Progressive Shift from State to Market*. In: Arriaza Ibarra, Karen/Eva Nowak/Raymond Kuhn (Hrsg.): *Public Service Media in Europe. A Comparative Approach*. London, New York 2015, S. 73-88.
- 13) Vgl. Holtz-Bacha, Christina: *Europäische Medienpolitik auf neuen Wegen? Initiativen der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments*. In: *Media Perspektiven* 3/2022, S. 105-116.
- 14) Vgl. Schmitt-Beck, Rüdiger/Ansgar Wolsing: *European TV environments and citizens' social trust: Evidence from multilevel analyses*. In: *Communications*, 35, 4/2010, S. 461-483; Goidel, Kirby/Keith Gaddie/Marco Ehrh: *Watching the News and Support for Democracy: Why Media Systems Matter*. In: *Social Science Quarterly*, 98, 3/2017, S. 836-855; Soroka, Stuart u.a.: *Auntie Knows Best? Public Broadcasters and Current Affairs Knowledge*. In: *British Journal of Political Science*, 43, 4/2013, S. 719-739; Humprecht, Edda/Frank Esser/Peter van Aelst: *Resilience to Online Disinformati-*
on: A Framework for Cross-National Comparative Research. In: *The International Journal of Press/Politics*, 25, 3/2020, S. 493-516.
- 15) Vgl. Castro Herrero, Laia/Morten Skovsgaard/Lilach Nir: *Bridging gaps in cross-cutting media exposure: the role of public service broadcasting*. In: *Political Communication*, 35, 4/2018, S. 542-565; Iyengar, Shanto u.a.: *Cross-National versus Individual-Level Differences in Political Information: A Media Systems Perspective*. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 20, 3/2010, S. 291-309; Reinemann, Carsten/James Stanyer/Sebastian Scherr: *Hard and soft news*. In: De Vreese, Claes/Frank Esser/ David Nicolas Hopmann (Hrsg.): *Comparing Political Journalism*. London/New York 2016, S. 131-149; vgl. auch Thomass, Barbara u.a.: *Public service media. Exploring the influence of strong public service media on democracy*. In: Trappel, Josef/Tales Tomaz (Hrsg.): *Success and Failure in News Media Performance. Comparative Analysis in the Media for Democracy Monitor 2021*. Göteborg 2022, S. 211-230.
- 16) Vgl. Neff, Timothy/Victor Pickard: *Funding Democracy: Public Media and Democratic Health in 33 Countries*. In: *The International Journal of Press/Politics*, Dezember 2021, vorab online, <https://doi.org/10.1177/19401612211060255> (abgerufen am 23.4.2022).
- 17) Vgl. zum – auch statistischen – Zusammenhang von Input (Finanzierung) und Impact (Publikumsleistungen) öffentlich-rechtlicher Medien Eberwein, Tobias/ Florian Saurwein/Matthias Karmasin: *Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Europa: ein kennzahlenbasierter Vergleich zum Verhältnis von Finanzierung und Publikumsleistungen*. In: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 60/2019, S. 141-167.
- 18) Die EBU definiert die 56 Staaten, aus denen ihre Mitgliedsorganisationen stammen, als „EBU Area“ (hier: EBU-Region). Nicht dazu gezählt werden Länder, in denen der Dachverband der öffentlich-rechtlichen Sender ausschließlich assoziierte Mitglieder hat, also etwa Japan, Kanada, oder die USA. Eine Übersicht über die EBU-Mitglieder ist verfügbar auf <https://www.ebu.ch/about/members> (abgerufen am 23.4.2022).
- 19) Vgl. EBU: *All datasets: media intelligence survey*; <https://www.ebu.ch/publications/research/membersonly/dataset/all-datasets-media-intelligence-survey> (abgerufen am 16.3.2022).
- 20) Zum Zeitpunkt der Finalisierung der Studie lagen im EBU-Datensatz noch nicht für alle Länder vollständige Daten zu den Betriebserträgen für das Jahr 2020 vor, sodass in Einzelfällen auf Werte aus Vorjahren zurückgegriffen wurde, etwa für den hier genannten Wert für Deutschland. Dies gilt auch für die Marktanteile auf dem TV- und Hörfunkmarkt.
- 21) Vgl. Centre for Media Pluralism and Media Freedom: *Media Pluralism Monitor*; <https://cmpf.eui.eu/media-pluralism-monitor/> (abgerufen am 12.4.2022).
- 22) Vgl. European Union: *Standard Eurobarometer 94 – Winter 2020-2021*; <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2355> (abgerufen am 23.4.2022).
- 23) Vgl. Hallin, Daniel C./Paolo Mancini: *Comparing Media Systems*. Cambridge 2004.
- 24) Vgl. Reuters Institute for the Study of Journalism: *Digital News Report 2021*. Oxford 2021; https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2021-06/Digital_News_Report_2021_FINAL.pdf (abgerufen am 1.7.2021). Insgesamt handelt es sich um 24 Länder, wobei in der Schweiz getrennte Erhebungen für den deutsch- und französischsprachigen Medienmarkt und in Belgien für den französisch- und flämischsprachigen Medienmarkt vorliegen.
- 25) Die Methodik des Digital News Report ist hier im internationalen Vergleich nicht konsistent: In einigen Märkten werden konkrete Sendungen als Nachrichtenmarken abgefragt, in anderen dagegen ganzen Sender.
- 26) Vgl. The Economist Intelligence Unit (EIU): *Democracy Index 2020. In sickness and in health?* London 2021.

- 27) Zur Methodik vgl. ebd., S. 56 ff.
- 28) Vgl. zum Überblick über Theorien deliberativer Demokratie Bächtiger, André u.a. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*. Oxford 2018.
- 29) Zur V-Dem-Methodik vgl. ausführlich V-Dem Institute: *V-Dem Varieties of Democracy*. Methodology. v11.1 – March 2021; <https://www.v-dem.net/static/website/img/refs/methodologyv111.pdf> (abgerufen am 23.4.2022).
- 30) Vgl. European Social Survey: ESS9-2018; <https://ess-search.nsd.no/en/study/bdc7c350-1029-4cb3-9d5e-53f668b8fa74> (abgerufen am 23.4.2022).
- 31) Vgl. World Values Survey: World Values Survey Wave 7 (2017-2020); <https://www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV7.jsp> (abgerufen am 12.4.2022).
- 32) Vgl. Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit 2021; https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2021/Rangliste_der_Pressefreiheit_2021_-_RSF.pdf (abgerufen am 12.4.2022); zur Methodik der Rangliste vgl. Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit 2021 – Methodische Hinweise zur Erstellung; (abgerufen am 12.4.2022).
- 33) Vgl. exemplarisch zu dieser Debatte Pickel, Susanne/ Gert Pickel: Die Messung von Indizes in der Vergleichenden Politikwissenschaft – methodologische Spitzfindigkeit oder substantielle Notwendigkeit. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 6, 1/2012, S. 1-17.
- 34) Das größte hier genutzte Ländersample besteht aus insgesamt 47 Ländern, nämlich bei den Korrelationen der TV-Marktanteile mit den Daten des EIU Democracy Index sowie des V-Dem Deliberative Democracy Index und der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen. Das grundsätzlich kleinste Sample besteht dagegen aus den Daten des Reuters Digital News Report zum Vertrauen in öffentlich-rechtliche Nachrichten: Diese sind für 26 europäische Medienmärkte in 24 Ländern verfügbar.
- 35) Vgl. Norris, Pippa: *A Virtuous Circle. Political Communication in Postindustrialized Societies*. Cambridge 2000.
- 36) Vgl. Thomaß, Barbara: Public Open Space – der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Plattform, *Journal für Rechtspolitik* 2/2020, S. 95-100.